

Verantwortliche

Redakteure.

Für den politischen Theil:

E. Fontane,

für Feuilleton und Vermischtes:

A. Kochner,

für den übrigen redakt. Theil:

H. Schmiedehaus,

sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den

Inseratentheil:

D. Krorre in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei G. A. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitenstr.-Ecke,
Otto Hückisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meieritz bei Ph. Kallbass,
in Breslau bei J. Jodelschner
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. L. Danne & Co.,
Hanselmann & Fögler, Rudolf Hofse
und „Invalidentank“.

Nr. 57.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 23. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expe-
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 22. Januar. Der König hat den bisherigen Direktor
am theologischen Seminar zu Herborn, Professor Dr. theol. Eugen
Sachse, zum ordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen
Fakultät der Universität Bonn ernannt.

Dem kommissarischen Lehrer der Zahnheilkunde am zahnärzt-
lichen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Zahn-
arzt Ludwig Warneke, ist unter Verleihung des Prädikats „Pro-
fessor“ die Stellung eines Lehrers der Zahnheilkunde an dem ge-
nannten Institut definitiv übertragen und derselbe zugleich mit der
ferneren Leitung des zahnärztlichen Laboratoriums beauftragt
worden.

Der praktische Arzt Dr. Fey in Rassel ist zum Kreis-Wundarzt
des Landkreises Rassel ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Januar, 2 Uhr.

Präsident v. Levetzow: Leider muß ich damit beginnen, Ihnen
eine traurige Mitteilung zu machen. Ein hochverehrtes, ein hoch-
angesehenes Mitglied unseres Hauses, der Freiherr von und zu
Frankenstein ist heute Morgen gegen 11 Uhr nach kurzer Krank-
heit, aber schwerem Leiden, hier in Berlin aus dem Leben ge-
schieden. Er war ein echter deutscher Mann, fest und treu, wahr
und ohne Furcht, selbstlos, recht und schlecht, ein Mann, farg an
Worten, aber von großer Thakraft und weitem Blick, eine Autorität
überall, wohin seine Pflicht ihn rief. Der Freiherr von Franken-
stein war schon Mitglied des Reichstages, und hat diesem Hause
ununterbrochen seit 1872 als Abgeordneter des dritten bayerischen
Wahlkreises Unterfranken angehört. Von 1879 bis 1887 war er
erster Vizepräsident des Hauses; als solchen hatte ich die Freude,
ihn drei Jahre zum Amtsgenossen zu haben. Ich habe hierbei
Gelegenheit gehabt, seine hervorragenden Eigenschaften kennen und
würdigen zu lernen. Die persönlichen Beziehungen zwischen mir
und ihm, die ich damals angeknüpft, die freundschaftlichen Ge-
fahrungen, die er mir immer bewahrt hat, werde ich stets in
treuer Erinnerung bewahren. Er ist seinen Weg gewandelt und
ruht nun in seiner Kammer. — Ich nehme an, daß, indem Sie
sich erhoben haben, Sie dadurch das Andenken des Heimgegangenen
ehren wollten.

Der erste Punkt der Tagesordnung, zweite Berathung der
Ergänzung des Etats, betreffend Bewilligung von 187 000
Mark zum Umbau des Dienstgebäudes des Auswärtigen
Amtes wird durch unveränderte Bewilligung ohne Debatte
erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Sozialistenge-
setzes.

Zu derselben liegt außer dem Kommissionsantrag noch ein
neuer Antrag Ackermann vor, welcher verschiedene Aenderungen
der einzelnen Paragraphen bezweckt. Der Antrag will 1) die auf-
schiebende Wirkung beim Verbot des ferneren Erscheinens von
periodischen Druckschriften beseitigen; 2) die Öffentlichkeit der Ver-
handlungen der zur Prüfung von Beschwerden aus Anlaß der Aus-
führung des Gesetzes einzulegenden Kommission und dement-
sprechend die Vertretung der Beschwerdeführer durch einen Anwalt
ausschließen; 3) den Ausweisungsparagraphen wieder herstellen.

Die Spezialdebatte, in welcher jedoch den Rednern ein
weiterer Spielraum zur Beleuchtung allgemeiner Gesichtspunkte
gelassen ist, beginnt mit § 2, durch welchen die Stelle der Er-
werbs- und Wirtschafts-Genossenschaften entsprechend
dem Gesetz vom 1. Mai 1889 zu dem Sozialistengesetz normirt
wird.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.

Abg. Langwerth von Simmern (Deutsch-Hannoveraner):
Ich bin ein entschiedener Gegner jedes Ausnahmengesetzes, weil ein
solches gegen die verfassungsmäßige Rechtsgleichheit verstößt, also
auch des Sozialistengesetzes, welches dazu noch ein völliges Poli-
zeigesetz ist, das der nothwendigen Rechtsgarantien entbehrt. Es
zwingt Leute, welche ihre Ueberzeugung nicht der Polizei unter-
ordnen wollen, zur Auswanderung oder zur Aufgabe ihrer Exis-
tenz. Die Sozialdemokratie, die mit uns mit geistigen Waffen
kämpft, ist bei richtiger Behandlung nicht staatsgefährlich. Wir
müssen in die Massen den alten deutschen geschäftlichen Geist
hineinpflanzen. Galtten wir das Recht und die Freiheit des Ein-
zelnen hoch, dann wird eine Regeneration des Reiches möglich sein
ohne solche mechanischen Gesetze.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Unter Regeneration Deutsch-
lands versteht der Vorredner eine Regeneration des Selbstthums.
Die Sozialdemokratie kämpft nicht allein mit geistigen Waffen. Hier
haben wir acht Reden gehört mit Lobpreisungen auf die Republik.
Die Führer können sich allerdings nicht verhehlen, daß gerade die
Republik den Arbeitern am ungünstigsten ist, herrscht nicht in
Frankreich der Kapitalismus, die Plutokratie, ist nicht die Dynastie
der Bourbonen durch die Dynastie Rothschild verdrängt? Ist also
eine Verherrlichung der Republik nicht ein Appell an die Urtheils-
losigkeit der Menge, ist das ein Kampf mit geistigen Waffen? Das
geschieht, um die monarchischen Institutionen in Deutschland zu
diskreditiren. Wenn Herr Liebknecht auffordert, einen Krieg mit
Rußland vom Zaune zu brechen, um dort die Barbarei zu stürzen,
wenn Bebel sagt, es werde bei uns zum Kriege gegen Frankreich
gehezt, wenn in den Versammlungen an die schlechten Leidenschaften
der Massen appellirt wird, ist das ein Kampf mit geistigen Waffen?
Genau so können die Anarchisten, welche mit Raub und Mord
wirthschaften, von sich sagen: Wir kämpfen mit geistigen Waffen.
So lange die Sozialdemokratie auf diese Weise kämpft, brauchen
wir besondere Gesetze gegen sie. Da hilft auch nicht, wie Herr
Windthorst meint, die Thätigkeit geistlicher Orden. Das zeigt das
Beispiel Belgien, wo die Sozialdemokratie am gefährlichsten ist.
(Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Zentr.): Im Abgeordnetenhaus habe ich
heute schon einmal gegen einen preussischen Landrath Protest ein-
gelegt, daß das Wort Waise als Vorwurf gegen Jemand geschleu-

bert wird. Ich werde bis ans Ende meines Lebens meinem an-
gestammten Königshause Anhänglichkeit bewahren. Das ist Königs-
treue (Beifall im Centrum) und das sollten gerade diejenigen an-
erkennen, welche Pächter der Königstreue zu sein glauben. (Beifall
im Centrum und links.) Ich dachte, es wäre Zeit, über das, was
1866 geschehen ist, zu schweigen, und nicht die ewigen Beleidigun-
gen uns ins Gesicht zu schleudern. (Lebhafte Zustimmung im
Centrum.)

Dann hat der verehrte Herr meine Meinung über die soziale
Thätigkeit der geistlichen Orden bemängelt. Allerdings halte ich
das freie Walten der Kirche für nothwendig. Ideen können nur
mit Ideen bekämpft werden und nicht mit Köpfen. (Beifall im
Centrum und links.) Ich verstehe es, wenn das ein preussischer
Landrath nicht begreift. In Preußen rechnet man nur mit der
Polizei und der Militärmacht. (Beifall im Centrum und links.)
Wir verlangen, daß die katholische Religion ungehindert ihre geist-
igen Kräfte entfaltet. Dazu gehört auch die Thätigkeit der Orden
auf sozialem Gebiet durch Wort und Beispiel. Den Protestanten
lassen wir ihre Freiheit, aber wir verlangen auch für uns ungehin-
derte Ausübung unserer Ueberzeugung. Wir sind keine Heiden,
sondern vollberechtigte Söhne des Landes. (Beifall im Centrum
und links.)

Wenn Herr Kardorff denkt, daß die Kartellparteien einig sind,
so weiß ich das nicht, sie waren jedenfalls nie uneiniger als bei
diesem Gesetze, namentlich bei dem Ausweisungsparagraphen. Ich
hoffe, noch Fürst Bismarck hier zu hören; mit dem müssen wir doch
verhandeln, denn pariren Sie ja doch. (Heiterkeit.)

Abg. Langwerth von Simmern: Ich verwahre mich
gleichfalls gegen die Ausführungen des Herrn v. Kardorff. Wie
können Sie von einer Gewaltthätigkeit mit Bezug auf uns sprechen.
Ich verrete nur die Ueberzeugung, daß es im deutschen Interesse
liegt, einen Parallelbau zwischen Nord- und Süddeutschland zu
schaffen, wie es Hannover war.

Abg. v. Kardorff: Ich habe mich nur dagegen wenden
wollen, daß die Herren behaupteten, die Sozialdemokratie dürfe
nur mit geistigen Waffen bekämpft werden.

Auf die Uneinigkeit der Kartellparteien braucht Herr Wind-
thorst gerade nicht hinzuweisen, denn gerade seine Partei ist ein
frappantes Beispiel von Uneinigkeit beim Sozialistengesetz.

Abg. Windthorst: Die Uneinigkeit im Centrum in der Frage
des Sozialistengesetzes ist nicht so radikal, wie die der Kartell-
parteien. Ein Theil meiner Freunde hat das Gesetz bewilligt, weil
ihnen die Erstarkung der Sozialdemokratie gefährlich zu sein schien,
aber darin sind wir alle einig, daß ein solches Ausnahmengesetz
nicht auf die Dauer gegeben werden kann.

Herr v. Kardorff hat kein Verständnis dafür, daß auch Protes-
tanten für unsere Mönchsorden eintreten können. Dann haben
wir alle Ursache, die wir in Deutschland die Minorität sind, auf
Rechtsschutz zu dringen. Das gemeine Recht muß für Alle gelten.
(Lebhafte Beifall im Centrum und links.) Wären Ausnahmengesetze
zulässig, dann wären Herr v. Kardorff und seine protestantischen
Freunde im Stande, auch uns Katholiken mit Ausnahmengesetzen
zu bekämpfen. Auch unsere Bischöfe sind hinausgejagt worden ins
Ausland auf Grund von Ausnahmengesetzen, die die Folge preußi-
scher Anschauungen waren. Wir werden dann gegen ein dauer-
ndes Ausnahmengesetz sein. Auf zwei Jahre es zu bewilligen, ist ja
eine andere Sache. Ein Ausnahmengesetz auf die Dauer bekommen
Sie von den Centrumsmännern nicht. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Kardorff: Herr Windthorst hat es sehr gern
acceptirt, daß den katholischen Geistlichen durch den Antrag Huene,
betreffend die Militärdienstzeit, ein Ausnahmengesetz gegeben ist.

Abgeordneter Windthorst: Der Antrag Huene hat Katho-
liken, Protestanten, Juden in gleicher Weise umfaßt. Die Be-
schränkung auf katholische Geistliche ist erst durch Herrn von Kar-
dorff durchgesetzt worden. (Zustimmung im Centrum.) Wir sind
bereit, in jedem Augenblick für die gesamte Geistlichkeit aller
Konfessionen solche Bestimmungen zu geben.

Abgeordneter v. Kardorff (Reichs-Partei): Wir haben es
verhindert, daß Herr Windthorst der evangelischen Kirche ein Aus-
nahmengesetz oktroyirte, welches dieselbe nicht haben wollte.

Abgeordneter Dr. Windthorst (Centrum): Dagegen protestire
ich. Ob die evangelische Kirche das Gesetz nicht hat haben wollen,
bleibt noch zu beweisen übrig.

Damit schließt die Debatte.
§ 2 wird mit den Stimmen der Konservativen, der Reichs-
partei und der Nationalliberalen angenommen, desgleichen die
§§ 1—10.

§ 11 der Kommissionsvorlage enthält eine Aenderung des Ge-
setzes dahin, daß das Verbot des ferneren Erscheinens einer Druck-
schrift nur erfolgen soll, wenn innerhalb eines Jahres nach
Verbot einer Nummer ein neues Verbot erfolgt.

Abgeordneter Dieß (Sozialdemokrat): Zur Illustration der
Schädlichkeit dieser Bestimmung kann ich das Verbot der von mir
herausgegebenen Zeitung anführen, der Gerichtszeitung in Ham-
burg auf Grund eines Artikels über russische Zustände. Seker,
Drucker sind durch dies absolut ungerechtfertigte Verbot schwer ge-
schädigt, ich selbst bin ausgewiesen worden. Dasselbe Schicksal hat
einen anderen Hamburger Literaten, den jetzt verstorbenen Wedde,
getroffen. Gemüth haben solche Maßregelungen den Kartellpar-
teien nichts, im Gegentheil, sie haben nur Agitation für den als
Reichstagskandidaten aufgestellten Wedde und dessen Nachfolger
gemacht. Redner führt hierauf eine Reihe weiterer Verbote von
Druckschriften und mehrere Ausweisungen an, die auf Veranlassung
des Senators Hartmann in Hamburg erfolgt seien und zwar le-
diglich aus Haß und Rachsucht Vizepräsident v. Unruhe-Vomst
erklärt die letzteren Ausdrücke für parlamentarisch unzulässig.)
Schaffen Sie das u. gerechte Gesetz ab, dann wird nicht mehr in
so haarsträubender Weise das Billigkeitsgefühl verletzt werden.

Abg. Kulemann (nl.): Die von der Kommission vorgeschla-
gene Aenderung ist eine Milderung des Gesetzes, welche ich zur
Annahme empfehle. Wir wollen uns möglichst wenig von dem
Boden des gemeinen Rechts, hier also des Vorfrechts, entfernen,
und das wird mehr durch den Vorschlag der Kommission als bei
der Fassung der Vorlage erreicht. Die Frist ist so weit bemessen,

daß innerhalb derselben die Beschwerde über das erste Verbot ent-
schieden sein kann.

Abg. Singer (Soz.): Es ist eigentlich gleichgültig, ob diese
Milderungsvorschläge in das Gesetz hineingebracht werden oder
nicht. Denn so lange das Verbot in das diskretionäre Ermessen
der Behörden gestellt ist, werden sie, um einem hochverräterischen
Verleger das Handwerk zu legen, ihm die gesetzliche Frist gönnen,
und dann sofort das zweite Verbot erlassen.

In den Jahren 1878—88 sind nicht weniger als 1299 Druck-
schriften, darunter eine Menge periodischer Zeitschriften, verboten
und neben der politischen Ahterklärung die wirtschaftliche Grenz-
vieler Parteigenossen vernichtet und zugleich damit den Sekern,
Druckern und allen bei einer Zeitung beschäftigten Leuten das
Brot genommen worden.

In der ersten Berathung ist als ein Hauptvorwurf gegen uns
geschleudert worden, daß wir den Meineid verherrlichten. Das hat
zum Beispiel Herr Kulemann gethan, welcher zum Beweis dafür
einen Artikel des „Sozialdemokrat“ citirt. Hier heißt es zwar:
Wir betrachten den Meineid zu Gunsten angeklagter Parteigenossen
nicht als eine ehrenwidrige Handlung,“ aber gleich darauf folgt
der Satz: „wir wollen ihn aber damit nicht den Parteigenossen
empfohlen haben, sondern warnen sie ernstlich davor.“ Ich bitte
also dringend, mit diesem Unfug endlich aufzuhören.

Uns ist auch vorgeworfen, daß die „Volkstribüne“ den An-
archisten Neve als einen edlen Menschen hingestellt hat. Ich er-
kläre ganz offen: trotzdem ich prinzipiell feindlich den Anarchisten
gegenüberstehe, kann ein Anarchist doch immer ein edler, über-
zeugungsstreuer Mensch sein. (Lärm rechts.) Der Anarchismus
ist ebenso gut eine Weltanschauung, wie jede andere, und hat das
Recht, als Ueberzeugung anerkannt zu werden. (Oh! rechts.) So
lange der Anarchist nicht mit den Gesetzen und der Moral in
Konflikt kommt, ist er ein ehrenwerther Mann, ebenso gut wie wir
den reaktionären Konservativen persönliche Ehrenhaftigkeit nicht ab-
streiten. Wir kämpfen gegen Ideen und nicht gegen Personen.
Der Kongreß zu St. Gallen hat die anarchistischen Bestrebungen
für antiozialistische erklärt. Sozialdemokratie und Anarchismus
unterscheiden sich wie Feuer und Wasser. (Lachen rechts.) Für
den betreffenden Artikel übrigens hat die „Volkstribüne“ laut einer
Anmerkung keine Verantwortung übernommen.

Bei der ersten Berathung hat der badische Bevollmächtigte aus
einem Bericht über eine Rede meines Parteigenossen Gec einen
besonders kompromittirenden Satz citirt. Derselbe ist aber gar
nicht gesprochen worden. Die Regierungsvertreter müssen, auch
wenn sie aus dem Gedächtnis citiren, sich besser auf ihr Gedäch-
tnis verlassen können. Auch Herr v. Puttamer hat verschiedene
Male unrichtig citirt. Zur Vertheidigung dagegen sind wir ge-
zwungen, uns in den Besitz der verbotenen Schriften zu setzen.

Durch derartige Maßregeln aber werden wir uns keinen
Schritt von unserer Linie abdrängen lassen, sondern Ihnen
bei den nächsten Wahlen Zahlen aufmarschiren lassen, die Ihren
Respekt vor unserer Partei vermehren werden. Die Sozialdemo-
kratie ist stärker als das Sozialistengesetz und wird es überdauern.
(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Badischer Bevollmächtigter Frhr. v. Marschall verwahrt sich
gegen den Vorwurf, ein Flugblatt unrichtig citirt zu haben; das
angezogene Zitat sei im zweiten Theil fast wörtlich gewesen,
während der erste Theil nach gerichtlicher Entscheidung die Quint-
essenz der erschienenen Flugblätter gewesen sei. Auch die Inter-
pellation Müller in Baden sei daher im Grunde verlaufen.

Abg. v. Kardorff (Np.) hebt die Aeußerung des Abg. Singer
hervor, daß auch der Anarchismus eine geistige Macht sei und mit
geistigen Waffen bekämpft werden müsse. Er würde dafür sorgen,
daß diese Aeußerung als Beweis für den Zusammenhang zwischen
Anarchismus und Sozialdemokratie durch ganz Deutschland die
größtmögliche Verbreitung finden werde.

Abg. Kulemann vertritt die Ansicht, daß der angezogene
Artikel des „Sozialdemokrat“ den Meineid, wenn für einen Partei-
genossen geleistet, wohl für erlaubt erkläre. Auch sonst fänden sich
ähnliche sozialdemokratische Ausdrücke. Die Aeußerung des Abg.
Singer über die persönliche Ehrenwerthigkeit des Anarchismus
käme darauf hinaus, daß ein politischer Mord nicht immoralisch sei.

Abg. Rickert (Nfr.): Es ist eine starke Zumuthung, nach der
Verhandlung der Interpellation Müller hier zu erklären, daß die
Beschwerden über Verstöße der badischen Behörden aus der Luft
gegriffen sind. Es ist bewiesen, daß die Auslegung des § 9 des
Sozialistengesetzes durch die badischen Behörden eine horribale ge-
wesen ist, und daß es nothwendig sei, diese Dinge hier und anders-
wo, wie in meiner Rede in Baden, öffentlich zur Sprache zu
bringen. Herr Müller kam mit dem Erfolg seiner Interpellation
zufrieden sein, denn die badischen Behörden behandeln jetzt die
Sozialdemokraten anders. Wir können daraus nur die Ermuthigung
entnehmen, daß in allen anderen Fällen durch unsere öffentliche
Kritik die Verhältnisse in Baden besser werden.

Badischer Bevollmächtigter Frhr. v. Marschall: Ich halte
alles früher Gesagte aufrecht. Wenn Herr Rickert mit seiner Rede
zufrieden ist, dann bin ich damit auch zufrieden.

Abg. Singer: Herr Kardorff reißt die Worte aus dem Zu-
sammenhang heraus. Ich wiederhole, Jemand der Anarchist ist,
kann trotzdem ein ehrenwerther Mensch sein, aber zugleich wieder-
hole ich auch meine andere Erklärung, daß meine Partei gerade
im prinzipiellsten Gegensatz zum Anarchismus steht. Behauptet
Herr v. Kardorff nun noch das Gegentheil, so behauptet er Dinge,
die den Thatfachen widersprechen, und die Legende des Herrn
o. Kardorff wird ebenso zerfallen, wie die Legende des Herrn
Reichskanzlers über die Aeußerung des Herrn Bebel über die
russische Wirthschaft.

Die Interpretation, welche Herr Kulemann dem betr. Artikel
des „Sozialdemokrat“ über den Meineid gegeben hat, macht
einem scharfsinnigen Juristen durchaus keine Ehre. Es ist un-
richtig, daß der Meineid als erlaubt den Parteigenossen empfohlen
wird.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident macht hierauf dem Hause Mitteilung vom
folgenden Telegramm des Kaisers: „Dem Reichstage drücke
ich mein Beileid aus zu dem Tode des Frhr. v. Frankenstein. Ich

ehre in ihm einen Mann von vornehmer Gesinnung und wahren Patriotismus, welcher für Bayern und sein deutsches Vaterland stets ein warmes Herz hatte. Wilhelm."

Auf Vorschlag des Präsidenten wird dem Kaiser der Dank des Hauses für die Theilnahmebezeugung ausgesprochen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Rest der heutigen Tagesordnung).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Die erste Berathung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Enneccerus (nl.): Wie Herr Richter, so haben auch wir ein warmes Interesse für den Lehrerstand, für seine und seiner Angehörigen Existenz, und auch wir müssen uns gegen die Beschränkung der Wahlfreiheit der Lehrer entschieden erklären.

Wenn wir beantragen, den Eisenbahnetat in einer besonderen Kommission zu verhandeln, so ist das keine Animosität gegen die Bahnverwaltung oder gar Eisenbahnbegehrlichkeit — kennen wir doch die zu machenden Vorlagen noch gar nicht — sondern uns leitet das Bestreben, den Eisenbahnetat gründlicher als bisher zu behandeln und zu vermeiden, daß dieser ertragreiche Etat in wenigen Budgetkommissionssitzungen durchgepeitscht wird. Auch beim Baueetat werden wir daselbe anerkennen.

Herrn Richter spreche ich meine Freude über seine Aeußerung aus, daß die Getreidezölle nicht einseitig ohne Revision des ganzen Schutzolltarifs aufgehoben werden könnten. Dieser Standpunkt ist früher von ihm und seinen Freunden nicht angenommen worden. Das zeigt die Unterzeichnung des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der landwirthschaftlichen Zölle von Oktober 1889 durch eine Anzahl von freisinnigen Reichstagsmitgliedern. Aus denselben Gründen, wie jetzt Herr Richter, können auch wir nicht an eine einseitige Aufhebung der Getreidezölle denken. Dieser Punkt verschwindet also aus der Agitation. (Lachen links.) Die günstige Finanzlage Preußens ist doch nicht lediglich durch die Reichsteuern entstanden. Allerdings resultirt sie zum größten Theil aus dem Ueberfluß der Ueberweisungen des Reichs an die Einzelstaaten über die Matrifalarbeiträge. Dabei ist aber zu erinnern, daß große Mehrausgaben im Reich durch das Invalidengesetz und durch die Vermehrung der Beamtengehälter bevorstehen, daß sich also später weniger große Ueberschüsse ergeben können. Dieser schwankende Zustand ist ein großer Uebelstand. Die Verquickung der Reichsfinanzen mit dem Landeshaushalt ist für uns sehr ungesund, denn wir wissen absolut nicht, wie viel Einnahmen wir haben werden und wie viel Ausgaben wir machen können. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich würde manche Million Einnahmen aus dem Reich darum geben, wenn wir zu einem festen Verhältnis kommen könnten.

Die Einnahmen des preussischen Haushalts selbst sind nicht so schwankend. Die Ueberschüsse der Eisenbahneinnahmen, welche jetzt 153 Millionen betragen, können unmöglich um diesen Betrag zurückgehen, sondern wir können mit Sicherheit auf entsprechende Einnahmen in Zukunft rechnen. Wie Herr Richter auch jetzt noch immer ein Gegner der Eisenbahnverstaatlichung sein kann, verstehe ich nicht. Dazu kommt, daß die Sekundärbahnen immer mehr in den Verkehr hineinwachsen und ertragreicher werden.

Bei der günstigen Finanzlage muß man an Schuldentilgung denken, und wir sind mit der Einstellung von 18 Millionen zur Schuldentilgung einverstanden. Der Gesamtbetrag der Staatsschulden einschließlich der Prioritäts-Obligationen und des Hinterlegungsfonds ist jetzt 6020 Millionen, wobei wir das Geschäft anerkennen hervorheben müssen, mit welchem der Finanzminister die Umwandlung der Prioritäts-Obligationen vorgenommen hat.

Die günstige Finanzlage aber legt die Verpflichtung zu umfassenden allgemeinen Reformen auf, die lange verheißten sind. Die Regierung soll das Eisen schmieden, so lange es warm ist. Sie selbst muß die Initiative ergreifen, weil wir doch nicht über das zur Vorbereitung erforderliche Material verfügen. Unvollkommen ist noch die lex Huene, mechanisch das Lehrerbesoldungsgezet. Das parlamentarische Fickwerk muß jetzt aufhören und organische Gesetze an dessen Stelle treten. Vor Allem ist nötig die Reform der Einkommensteuer. Wir bedauern lebhaft die Verzögerung dieses wichtigen Werkes und wünschen eine schleunige Beendigung der Vorbereitungen. Das jetzige Einschätzungsverfahren ist absolut ungeeignet, das steuerfähige größere Einkommen zu treffen. Nötig ist die Deklarationspflicht und die Unterscheidung von fundirtem und unfundirtem, unsicherem von Wind und Wetter abhängigem Erwerb und fester Kapitalbesitz. Ich wünsche diese Reform als soziale Maßregel zur gerechten Vertheilung der Steuerlast. Eine Quotifizierung ist in der Art möglich, daß, wenn über die Steuerquote eine Einigung nicht erzielt wird, ein bestimmtes Maximum festgesetzt wird. Aus sozialen Gründen ist weiter erforderlich eine Reform der Gewerbesteuer, welche den kleinen Handwerker drückt und lächerlich gering für den Großunternehmer ist.

Die lex Huene muß selbstverständlich bei einer Reform der Grund- und Gebäudesteuer aufgehoben werden, und wir freuen uns, daß die Regierung in unserem Sinne eine Vorlage machen will. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer ist höchwichtig für die Durchführung einer Landgemeindeordnung, welche wir lebhaft wünschen. Die Regelung dieser Angelegenheit darf nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden.

In festerer Aussicht stehen die Besoldungserhöhungen für unsere und mittlere Beamten. Wir begrüßen sie mit großer Freude. Wir erwarten feste Vorschläge der Regierung mit ausgeprägten Normen, nach deren Annahme nur eine kalkulatorische Durcharbeitung der einzelnen Etats nötig ist. Den Wünschen der Parteien allein darf die Sache nicht überlassen werden. Eine Theuerung liegt unabweisbar vor, auf Brot, auf Fleisch, auf Brennmaterial. Hauptgrund für Erhöhung der Beamtenbesoldung ist aber der wachsende Wohlstand in Deutschland in allen Klassen, dem gegenüber die Beamten nicht zurückbleiben können. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum): Die vielen Wünsche hier nützen nichts; wenn die Regierung uns keine Vorlagen macht, kommen wir doch nicht zu einem praktischen Resultat. Das Etatsbild ist ja jetzt ein gutes, aber ich billige die Vorsicht der Regierung, denn wir sind nicht sicher, daß die günstige Lage so bleibt. Der große Aufschwung, der theilweise schon an Schwindel grenzt, wird wieder nachlassen, und wie mir scheint, fängt es schon damit an. Auch die Ueberweisungen aus dem Reich werden nicht mehr dieselben Ueberschüsse ergeben. Ich glaube nicht, daß die bisherigen Bewilligungen im Reichstag für Heer und Marine als genügend von den Regierungen angesehen, sondern daß bald neue Forderungen, schon im nächsten Jahre, folgen werden. Die parlamentarischen Versammlungen sind ja selber in der Lage, vollständig zu beurtheilen, was in dieser Beziehung notwendig ist, da allerlei Rücksichten auf das Ausland in Betracht kommen. Die Bedeutung des Parlaments beruht aber nicht zum geringsten Theil darauf, daß durch dasselbe ein moralischer Druck auf die Regierung ausgeübt wird, nicht mehr zu fordern, als absolut notwendig ist, und die Regierungen werden um so sparsamer sein in ihren Anforderungen, wenn sie wissen, daß das Parlament alles genau auf die Nothwendigkeit prüft, und um so weniger sparsam, wenn sie wissen, daß das Parlament zu allem ja sagt. (Sehr richtig! im Centrum.) Ein wesentliches Moment, das zu wenig beachtet wird, ist die

Alters- und Invalidenversorgung. Dieselbe wird viel mehr vom Staat erfordert, als man jetzt annimmt. Die Arbeiter werden immer weniger zahlen und mehr empfangen wollen, kurz, wir haben eine Schraube ohne Ende, die man bei der herrschenden Bewegung nicht wird innehalten können. Schließlich wird der Staat die ganzen Kosten tragen müssen.

Auch die Ausgaben für die Erhöhungen der Beamtengehälter würden stets steigende sein müssen. Es ist erfreulich, daß die Anregungen des Reichstags das Vorgehen der Regierungen zur Folge gehabt haben. Man hätte nur schon früher anfangen und systematisch fortfahren sollen. Jetzt wird man nicht bei den unteren Beamten stehen bleiben können, man wird auch andere Kategorien aufbessern müssen, weil auch deren Einkommen nicht mehr entsprechend genannt werden kann. So wird man auch in anderer Weise für die Landräthe sorgen müssen, die ja leider nicht mehr, wie früher, aus den Grundbesitzern genommen werden. Es ist durchaus nicht gut, wenn so viele junge Affektoren bereits an einem so wichtigen Posten stehen. Angesichts der so wenig sicheren Lage, die sich aus diesen steigenden Ausgaben ergibt, sollte man nicht so viel von neuen Reformprojekten reden, die man nachher doch nicht ausführen kann. Man macht sonst den Leuten unnütz den Mund wässern, den sie sich nachher wischen müssen. (Heiterkeit.) Neue Steuern werden wir dem Lande nicht mehr auferlegen können; die Steuerhaupte kommen auf keinen Fall mehr angeordnet werden, und bei den nächsten Wahlen wird das stark zum Ausdruck kommen. Ich rufe Ihnen jetzt schon: *Discite justitiam moniti et non contemnere divos.*

Angesichts dieses Ernstes der Lage sollte man im Lande nicht immer gegen diejenigen, welche diese Thatfachen hervorheben, kleinlich vorgehen, und vor allen Dingen nicht in der Weise, wie der bekannte Erlaß des königlichen Landraths in Bielefeld aus Anlaß der Kandidatur Hammerstein es thut, in welchem ich in einem durch den Zusammenhang aufs Ueberste beleidigenden Sinne „Welf“ genannt werde. Ich erkläre hier offen: Ich werde der alten Königsfamilie von Hannover treu bleiben bis in mein Grab, aber ich weiß, was man als Unterthan schuldig ist, und fordere Jedermann, auch den Landrath in Bielefeld, auf, mir nachzuweisen, daß ich in irgend einem Punkte die Pflicht eines Unterthanen verletzt habe. Das Königreich Hannover ist glorreich in der Geschichte und ich protestire als Anhänger meines alten Königshauses und als treuer Mann gegen eine derartige Bezeichnung, wie sie mir dort zu Theil geworden ist. Ich erwarte von dem Herrn Minister des Innern, daß er diesem Landrath sagt, daß er einen höllischen Dreck geschossen hat (Heiterkeit). Ich hoffe, daß er die Sache in die Hand nehmen und eine strenge Untersuchung einleiten wird. Die offiziöse Presse kann ja schreiben, was sie will, aber ein amtlicher Erlaß des königlichen Landraths darf derartiges nicht enthalten; gegen dergleichen Dinge muß man im Königreich Preußen geschützt sein. (Zustimmung.)

Ich verstehe nicht, wie man die eingetretene Theuerung bestreiten kann. Fraglich ist höchstens, ob sie eine Folge der Wirtschaftspolitik des Reiches ist oder nicht, und ob also Schutzoll oder Freihandel gesunder ist. Guldigten alle Völker dem Freihandel, dann könnten wir auch auf diese Basis treten. Ringsum aber haben wir Völker mit sehr starken Prohibitivzöllen. (Sehr wahr! rechts und im Centrum.) Aber es ist auch nicht zu leugnen, daß in Folge der Schutzölle der Wohlstand in sehr vielen Erwerbszweigen gestiegen ist. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Als Ausgleich muß jedoch die Reform der direkten Steuern, welche die reicheren Klassen mehr heranzieht, durchgeführt werden. Ich kenne die Gründe nicht, welche die Verzögerung veranlassen, aber ich verwerfe sie. (Heiterkeit.)

Man will die Frandensteinsche Klausel und die lex Huene aufheben. Der Grundgedanke der Frandensteinschen Klausel aber war die Stärkung des Steuerbewilligungsrechts des Reichstages. Ohne diese Grundlage der Reichsfinanzen in Frage zu stellen, kann die Klausel nicht aufgehoben werden. Die Herren aber, welche die lex Huene aufheben wollen, frage ich: was wollen Sie den Gemeinden dafür geben? Mit Rücksicht auf die Wahlen denuncire ich Sie alle (Heiterkeit), daß Sie bestrebt sind, die lex Huene aufzuheben, ohne zu sagen, wie Sie den Gemeinden den Ausfall ersetzen wollen. Wir wollen den Gemeinden das, was sie haben, erhalten und womöglich noch vermehren (Heiterkeit, Zurufe). Jetzt sagen Sie alle: Wir auch! (Heiterkeit) aber unser Aushm bleibt es doch, die Breche gebrochen zu haben für ein gesundes Finanzsystem durch die Regelung der Ueberweisung. Rücken Sie jetzt nach. Die Herren, welche die lex Huene aufheben wollen, namentlich aus der nationalliberalen Partei, sind zwar große theoretische Finanzminister, aber ob sie sich praktisch für Staatsfinanzen bewähren, muß erst bewiesen werden. (Zustimmung im Centrum.) Galten wir fest an den Grundsätzen der Sparamkeit. Sparamkeit ist das Einzige, was uns retten kann, und keine Projekte. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.): Auch ich glaube, daß die Ueberweisungen vom Reich und auch die sonstigen Einnahmen des Staats in Zukunft nicht so hoch sein werden wie jetzt, wo die Konjunkturen besonders günstig sind.

Ich spreche meine besondere Freude aus über den Passus der Thronrede, welcher von den Umständen handelt. Ausdrückungen muß energisch begegnet werden, aber tüchtige, besonnene Beamte müssen auch zur rechten Zeit moderierend eingreifen.

Die Verzögerung der Steuerreform ist nicht meiner Partei zur Last zu legen. Wir wollen im Gegentheil diese Reform baldigst in Angriff genommen sehen, wenn wir auch eine zugleich anderweite Regelung der Grund- und Gebäudesteuer haben wollen. Es wird in der Hauptsache auf gerechte Vertheilung der Lasten ankommen, weniger auf die Frage der Deklarationspflicht, die doch wohl kaum einen erheblichen Mehrbetrag ergeben dürfte. Thunlichste Beschleunigung ist auch unser Wunsch.

Die Erhöhung der Beamtengehälter entspricht durchaus unseren Anforderungen, schon mit Rücksicht auf die allgemeine Steigerung der Arbeiterlöhne. Wir sind einverstanden damit, daß aus dem 18-Millionenfonds eine theilweise Erhöhung der Beamtengehälter eintritt. Die Initiative muß natürlich von der Regierung ausgehen.

Was die Herabsetzung der Eisenbahntarife betrifft, so müssen wir erst den Antrag Brömel abwarten, ehe wir eine Entschliezung treffen können. Zeigt uns derselbe, wie wir die Tarife herabsetzen können, ohne Einnahmen zu verlieren, dann werden wir ihm gern zustimmen. Bis jetzt ist viel Neues nicht für den Antrag vorgebracht worden. Der Vergleich mit der Post trifft nicht zu, wenn gleich auch Herr v. Stephan im Herrenhaufe bei seinen Angriffen auf die Eisenbahnverwaltung durchblicken ließ, er würde es besser machen. (Heiterkeit.) Die Verhältnisse zwischen beiden Verkehrsaufstalten sind absolut anders, denn ein Brief kostet 2 Pf. Eisenbahntransport, eine Frachtsendung 4 Pf. pro Zentner, das giebt finanziell ein ganz anderes Resultat bei Zonentarifen für beide Arten von Sendungen. Den Versuchen, auf die Tarifherabsetzungen einzuwirken, stehen wir deshalb nicht sonderlich günstig gegenüber, weil sie allzu leicht aus privaten Interessen gemacht werden. (Zustimmung rechts.) Diese sollen mit der Thätigkeit eines Abgeordneten nicht verbunden werden. Deshalb können wir uns auch nicht für den nationalliberalen Antrag aussprechen, den Eisenbahnetat in einer besonderen Kommission zu verhandeln. Zu erwägen wäre, ob nicht eine Ermäßigung der Pachtsummen für Domänenpächter eintreten kann. Das ist möglich, ohne die Grundsätze der Sparamkeit zu verletzen, die wir auch hochhalten wollen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. v. Scholz: Wenn der Vorredner gemeint hat, daß seine Partei zuerst die Reform der direkten Steuer und dann erst die Regelung der Ueberweisungen im Anschluß daran gewünscht habe, so glaubt die Regierung bona fide aus der Verhandlung über den vorjährigen Antrag Huene zu erkennen, daß auch die konservative Partei zuerst die Ueberweisungen geregelt wünsche.

Herrn Richter kann ich auf seine Anfrage über die Steuerabschätzung erwidern, daß ich eine generelle Verfüzung, wonach bei der Einschätzung die kleineren Grundbesitzer härter als die größeren angefaßt werden sollen, nicht erlassen habe. Einzelne Spezialverfüzungen können allerdings mißverstanden sein.

Die aus der „Frankfurter Zeitung“ entnommene Mittheilung über die zu geringe Einschätzung schlesischer Großgrundbesitzer ist auch der Generaldirektion der direkten Steuern bekannt geworden, von dieser aber als eine anonyme Denunziation aufgefaßt worden. Die Steuerdirektion würde sich lächerlich machen, wenn sie auf derartige Steuermärchen eingehen wollte. Ich habe darum auch nichts veranlaßt. Gätten wir gegen die „Volkszeitung“ wegen Verleumdung, weil sie diese Angelegenheit fruktifizirte, Anklage erhoben, dann wäre ein Zetterschrei über Verfolgung der Pressfreiheit erhoben worden; nun wir das nicht gethan haben, werden die verleumderischen Thatfachen als richtig hingenommen.

Man hat unser Eintreten für die höheren Beamtengehälter auf die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen zurückgeführt. (Widerspruch.) Nun, Niemand sucht hinter der Thür Jemand, der nicht selbst dahinter steht. Die Angaben über die allgemeine Aufbesserung sind auch sonst vielfach irrig, namentlich die Annahme des Herrn Richter, daß im Eisenbahnetat, von mir unbemerkt, größere Summen für Aufbesserungen der Unterbeamten vorgezogen sind. Herr Richter schöpft ja wohl seine Kenntniß aus den Artikeln der „Freisinnigen Zeitung“. Seine Artikelschreiber haben aber bei der Eile der Zeitungsherstellung offenbar keine Zeit gehabt, sich den preussischen Etat genau anzusehen, und daher eine Reihe von Thatfachen veröffentlicht, die Hrn. Richter veranlaßt haben, allerlei Schlimmes von uns zu sagen und mir vorzumwerfen, ich hätte der Beamtenaufbesserung von 7 Mill. im Eisenbahnetat mit feiner Silbe gedacht. Nun ist dieser Angriff gänzlich verfehlt; die Artikelschreiber sollten die Vorlagen genauer durchlesen, ehe sie solche Sachen ins Publikum bringen. Als ich den Zeitungsauschnitt in der Nacht las, bekam ich einen furchtbaren Schreck. (Heiterkeit.) Ich dachte: Donnerwetter, sollte mir das wirklich passirt sein? (Heiterkeit.) Bei näherer Durchsicht aber fand ich, daß in den 7 Millionen alle Arbeitslöhne, alle Besoldungsverbesserungen in den letzten zwei Jahren und andere Ausgaben der Eisenbahnverwaltungen eingerechnet waren. Alle Schlußfolgerungen daraus über mangelhafte Organisation der Ministerien, über Mißverhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten und solche schrecklichen Dinge, über welche erst die „Freisinnige Zeitung“ Licht verbreiten muß, werden damit hinfällig.

Über richtig ist, daß wir den Beschluß, betreffend die Beamtenbesoldung erst spät gefaßt haben. Als ich im Oktober — zum Mißvergnügen vieler Leute (Heiterkeit) — nach der Rückkehr wieder die Staatsgeschäfte übernahm, fand ich 15 Millionen Defizit in den Etatsabschlüssen. 2 1/2 Monat sind nicht viel Zeit gewesen, um aus einem Etat mit 15 Millionen Defizit einen solchen zu machen, wie ich ihn vorgelegt habe. (Beifall rechts.) Es bedurfte vieler Mühe und vieler Arbeiten. Bei der Beamtensteuer mußte ich z. B. meine Ansicht im Bundesrath durchsetzen, daß diese Steuer um 10 Millionen Einnahmen zu niedrig veranschlagt sei. Das waren für uns 7 Millionen Mehreinnahme. Dasselbe war der Fall mit anderen Etats. Herr Richter an meiner Stelle würde, wenn er 15 Millionen Defizit gefunden hätte, sich daran nicht gekümmert, sondern seine Kollegen vergewaltigt und gesagt haben: 2 x 2 ist 6, wir machen Beamtenbesoldung. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Was würde man sagen, wenn ich mit einem Defizit in der Tasche eine Beamtenbesoldung vorgeschlagen haben würde? Man würde mich nicht für klug halten, und das will ich mir doch nicht zuziehen. (Heiterkeit.)

Die „Freisinnige Zeitung“ wirft uns hinsichtlich der Etatsaufstellung vor, daß wir den Etat absichtlich zu niedrig veranschlagt haben, um die parlamentarischen Ansprüche auf die thatächlichen Ueberschüsse von vorn herein fern zu halten. Der Regierung wird also der Dolus in dieser Sache vorgeworfen. Es ist klar, daß die Verfolgung vor Gericht auf Grund eines solchen Satzes von Erfolg sein müßte, aber ich sage auch hier: Lassen wir ihn laufen. (Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Wahrlichst haben uns sicher nicht gelehrt, wir haben schon immer Beamtenbesoldungen in Aussicht gestellt, schon bei dem Schullastengesetz war davon die Rede, und nur mit Rücksicht auf die Kommunen verzichteten wir auf die Verwendung des 20 Millionen Ueberschusses für die Beamten, und damals machte uns das der Fortschritt auch keineswegs zum Vorwurf, sondern klagte eher, daß zu wenig den Gemeinden gegeben sei.

Die „Freisinnige Zeitung“ wirft uns jetzt sogar knauserige Wirtschaft vor; nun, wir werden das Herrn Richter entgegenhalten, wenn er wieder über fehlende Sparamkeit klagt. Herr Richter hat sich natürlich gleichfalls dieses Moments bedient.

Ich finde es erklärlich, daß alle Redner die baldige Reform der direkten Steuern befürworten. Ich meinerseits habe dazu nichts weiter auszuführen, nachdem ich vor wenigen Tagen ausführlich mitgetheilt habe, wie die Sache liegt. Etwas Neues habe ich nicht hinzuzufügen.

Allen Rednern habe ich zu danken, daß sie übereinstimmend uns die Sicherheit gegeben haben, daß wir mit der Aufbesserung der Beamtenbesoldung vorgehen können. Allseitig ist das Bedürfnis anerkannt, ebenso die Nothwendigkeit eines baldigen Vorgehens aus dem Schuldentilgungsfonds. Die Regierung wird dementsprechend Vorschläge machen. (Beifall.) Selbstverständlich werden wir die Volksschullehrer einbegreifen, wenn auch gemäß ihrer besonderen Stellung in besonderer Weise. (Beifall.)

Abg. Richter: Ich muß dem Herrn Finanzminister vor Allem erwidern, daß er auf Zeitungsberichte Bezug genommen hat, die mich gar Nichts angehen, daß also Alles, was Herr v. Scholz dagegen gesagt hat, nicht mich trifft. Die Denunziation des Herrn Windthorst in Bezug auf die Lex Huene fürchten wir nicht — wir wollen an Stelle derselben etwas Besseres setzen. Abg. Enneccerus will uns mit verantwortlich machen für die erhöhten Reichsausgaben. Wir haben gegen mehrere große Forderungen gestimmt, auf dem Gebiete der Kolonialpolitik besonders, und ebenso sind wir verantwortlich für die großen Militärausgaben, die in Gefolgschaft der bewilligten Kornzölle erschienen sind. Für all das will Herr Enneccerus uns verantwortlich machen? Das hat schon ein Gewandterer als er, Herr v. Bennigsen, im Reichstag erfolglos versucht. Wenn wir den Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Getreidezölle unterdrücken haben, so geschah dies, weil diese Forderung in der Richtung unserer Forderungen liegt und wir durch die Kommissionsberathung des Antrags die Erörterung der ganzen Schutzollpolitik herbeiführen wollten. Herr v. Scholz hat heute erklärt, er habe zum Leidwesen vieler Leute seinen Posten wieder übernommen. Ich nehme an, er meint damit nicht mich und meine Parteifreunde, sondern nur Herrn von Kardorff — ich habe ja bereits gestern gesagt, daß der Schwerpunkt der Politik ja nicht hier, sondern wo anders liegt. Der Herr Minister hat heute einem Artikel der „Frankfurter“ der „Volkszeitung“ gegenüber gesagt, laß ihn laufen. Ich bedauere nur, daß unsere Minister nicht häufiger so denken — dann hätten wir weniger Bismarckprozeße. In diesem Falle wäre eine genaue Untersuchung doch erforderlich und ich möchte den betreffenden

Handel und Verkehr.

Berlin, 22. Januar. Zentral-Markthalle. Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentra-Markthalle. Marktlage. Fleisch. Starke Zufuhr, füllendes Geschäft. Rindfleisch hielt festen Preis, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch nachgebend. Wild und Geflügel. Ausreichende Zufuhr, Preise behauptet. Rahmes Geflügel knapp. Fische. Zufuhr lebender Fische gering, jedoch ausreichend, von Seefischen knapp. Russische Waare reichlich am Markt, Karpfen flau, sonst befriedigendes Geschäft. Butter und Käse. Die Zufuhr blieb groß, Geschäft etwas lebhafter. Gemüse, Obst und Süßfrüchte unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55-60, IIa 46-52, IIIa 35-42, Kalbfleisch Ia 58-64, IIa 40-54, Hammelfleisch Ia 50-55, IIa 40-48, Schweinefleisch 54-60, Baconer do. — M., russische do. 48 bis 52 M. per 50 Kilo. —

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 70-100 M. Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

Wildgeflügel. Fasanenbühne 3,00-4,00 M., Fasanenhennen 2,40-3,00 M., Wüstenente 1,50-1,75 M., Seeenten — M., Krickenten — Pf., Waldschneepfen — M., Gahelbühner 1,10-1,50 M., Schneebühner 0,80-1,35 M., Krametsvögel — M.

Rahmes Geflügel, lebend. Gänse — M., Enten 1,50 bis 2 M., Puten 3,70 M., Hühner, alte 1,50 M., do. junge — M., Tauben 0,50-0,60 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogramm 61 M., Zander — M., Barbe 56 M., Karpfen, gr. — M., do. mittelgr. 60 M., do. kleine 55-62 M., Schleie 71 M., Hele 40-43 M., Aal 51-52 M., bunte Fische (Blöke u. f. w.) 20-27 M., Aale gr. — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M., Kriebje, große pr. Schock — M., mittelgr. 2,50-4 M., do. kleine, 10 Centimeter, 1,40-1,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia 100-104 M., IIa 93 bis 97 M., schlesische, pommerische und polnische Ia 97-100 M., do. do. IIa 92-96 M., ger. Hofbutter 82-90 M., Landbutter 72-82 M. — Eier. Hochprima Eier 4,35 M., Kalkfeier 4,00 M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisefartoffeln 1,20-1,60 M., do. blaue 1,20-1,60 M., do. weiße 1,20-1,60 M., Römische Delikatess 5-6 M., Zwiebeln 9-10 M., per 50 Kilogr., Mohrrüben lange per 50 Liter 1 M., Blumenkohl, per 100 Kopf 15-22 M., Kohlrabi, per Schock 0,50-0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — M., Spinat per 50 Liter 1,50 M., Kochkohl 3-5 M., Tafeläpfel, tyroler 25-28 M., p. 50 Kilo, Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbot 28-30 M., franz. Löt 24-26 M., rheinische — M., rumänische — M., Hafelnüsse, rund. Sicilianer 26-28 M., do. lang. Neapolitaner 46-50 M., Baranüsse 35-48 M., franz. Brachmandeln 95-100 M., Apfelsinen, Messina, 8,50-11 M., Zitronen, Messina, 10-15 M. per 50 Kg.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 23. Jan. In der Mine des Bergwerks Drocourt verunglückten in Folge Versagens der Aufzugsbremse die ausfahrenden Bergarbeiter; vier von ihnen sind todt und zwanzig verwundet, davon 15 schwer verletzt. Drei Bergleute sind unverfehrt geblieben.

Madrid, 23. Januar. Dem Senate gab Sagasta Erklärungen über die Krise; dieselbe habe keinen politischen Charakter. Die Bemühung, eine Versöhnung unter den Liberalen herbeizuführen, sei bisher erfolglos geblieben. Der Senat be-

schloß, eine Bottschaft an die Regentin anlässlich der Wiederherstellung des Königs zu erlassen. In der Kammer erklärte Sagasta Mehnlisches.

Bordeaux, 23. Januar. In Folge eines heftigen Sturmes mußte der deutsche Dampfer „Cosmopolit“, welcher auf der Fahrt nach Tonkin-China begriffen war, zurückkehren, da der Schornstein und die Ladung stark gelitten haben. Der schwedische Dampfer „Thekla“ mußte Verdon anlaufen.

Washington, 23. Jan. Der Bericht der Senatskommission der auswärtigen Angelegenheiten spricht sich gegen die Resolution Call, welche die Unabhängigkeit Cubas betrifft, aus.

Newyork, 23. Jan. Eine Depesche des „Paig“ meldet, daß die jüngst von der Provinzialregierung der Compagnie Mercantile de Bra bewilligte Konzession annullirt sei.

Berlin, 23. Jan. Heute um 9 1/2 Uhr Vorm. fand ein Gedächtnißgottesdienst für den verstorbenen Herrn v. Franckenstein in der Hedwigskirche unter zahlreicher Theilnahme hoher Beamten, der Abgeordneten und des Publikums statt. Von dem Bundesrath wohnten Graf Bismarck, die Staatssekretäre v. Stephan und v. Malzahn und Staatsminister v. Bütticher der Trauerfeier bei. Im Auftrage des Kaisers war der Flügeladjutant v. Zikewitz anwesend. Die Leiche wurde gestern um 5 Uhr Nachmittags nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht, wo heute Vormittags die Obduktion und die Einbalsamirung stattfand. Dann wurde die Leiche in der Krankenhauskapelle aufgebahrt, wo morgen um 9 Uhr Vormittags nochmals ein Requiem stattfindet. Morgen um 2 Uhr Mittag geht die Leiche vom Anhalter Bahnhof nach Alsfledt ab.

London, 23. Jan. Goshen hielt gestern an die Wähler Londons eine Ansprache, in welcher er die Differenzen mit Portugal bedauerte. Der Schritt Englands war unvermeidlich in Folge der Uebergriffe der portugiesischen Agenten auf einem Gebiete, wo sie nicht einen Schatten des Rechts hätten. Es handele sich um eine Frage, welche ganz Afrika betreffe. Die Regierung, unterstützt durch das Vertrauen der englischen Nation, werde die Angelegenheit zu einem guten Ende führen. Bezüglich des Budgets pro 1890/91 solle das Land seine Erwartungen mäßigen. Er werde sich freuen, wenn die Lasten des Volkes erleichtert werden können.

Chester, 23. Jan. In der Wählerversammlung bedauerte Gladstone die Differenzen mit Portugal. Seit Langem sei es eine England eng verbündete kleine Nation, welche England wie früher schützen sollte. Das Vorgehen Salisbury's wolle er nicht besprechen, bis er alle Details kenne. Gladstone griff sodann die Türkei wegen der Bedrückungen in Areta und Armenien an.

Brüssel, 23. Jan. Das Handelsgericht entschied, die Ausstände der Kohlengrubenarbeiter sind nicht als ein Fall roher Gewalt zu behandeln und können ein Bergwerk von den eingehengenen Verpflichtungen nicht entbinden.

Börse zu Wosen.

Wosen, 23. Januar. (Amtlicher Börsenbericht.)
Spiritus. Gefündigt — L. Ründigungspreis (50er) 50,90, (70er) 31,40. (Lotto ohne Faß) (50er) 50,90, (70er) 31,40.
Wosen, 23. Januar. (Börsenbericht.)
Spiritus still. (Lotto ohne Faß) (50er) 50,80, (70er) 31,30.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 23. Januar. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Wosen.)

Weizen ermattend	Not. v. 22.	Spiritus fest	Not. v. 22.
pr. April-Mai	202 — 201 75	70er Loto o. Faß	33 60 33 40
„ Juni-Juli	202 — 201 75	70er Dez.-Januar	33 — 32 70
Roggen ermattend		70er April-Mai	33 70 33 50
„ April-Mai	176 — 176 50	70er Juni-Juli	35 40 35 10
„ Juni-Juli	174 — 174 50	50er Loto o. Faß	53 — 52 70
Rüßöl fest			
pr. Januar	68 50 68 50		
„ April-Mai	63 80 63 50		
Safer			
pr. April-Mai	164 50 165 —		

Kündigung in Roggen — Wspl.	
Kündigung in Spiritus (70er) 40,000 Liter, (50er) —,000 Liter.	
Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)	Not. v. 22.
do. 70er Loto	33 60 33 40
do. 70er Januar	33 20 32 80
do. 70er Januar-Febr.	33 — 32 80
do. 70er April-Mai	33 60 33 50
do. 70er Aug.-Septbr.	35 30 35 20
do. 50er Loto	53 — 52 70

Not. v. 22.	Not. v. 22.
Konfolidirte 48 Anl. 106 60	106 60
3 1/2 103 —	103 10
Böf. 48 Pfandbriefe 101 10	101 10
Böf. 3 1/2 Pfandbr. 99 90	99 90
Böf. Rentenbriefe 104 10	104 10
Deutr. Banknoten 172 95	173 25
Deutr. Silberrente 76 30	76 50
Russ. Banknoten 224 85	225 60
Russ. 4 1/2 Pfandbr. 99 75	100 —
Böfn. 58 Pfandbr. 66 80	67 —
Böfn. Liquid. Pfandbr. 61 60	61 75
Ungar. 48 Goldrente 88 50	88 60
Ungar. 58 Papierr. 86 —	86 —
Deutr. Kred.-Akt. 178 75	179 —
Deutr. Staatsb. ultimo	97 50 99 —
ombarden	59 75 60 40
Tendstimmung	fest

Ostpr. Südb. E. S. A. 86 90	87 75	Schwarzkopf	255 — 255 —
Mainz-Ludwigsh. d. 123 —	124 —	Königs- u. Laurah.	172 — 174 75
Marienb. d. 57 90	57 90	Dortm. St. Br. La. A. 121 40	125 90
Italienische Rente 94 30	94 40	Snovrazl. Steinalz 58 90	59 30
Russ. 4 1/2 Anl. 1880 94 10	94 25	Ultimo:	
dto. zw. Orient-Anl. 70 30	70 90	Dur.-Bodenb. Eisb. 209 30	212 50
dto. Bräm.-Anl. 1866 162 —	161 —	Elbthalbahn „ „	99 60 100 10
Rum. 6 1/2 Anl. 1880 103 75	103 50	Galizier „ „	81 40 81 50
Türk. 1 1/2 Anl. 17 75	17 80	Schweitzer Etr. „ „	146 60 146 75
Böf. Provinz. B. A. 116 50	116 25	Berl. Handelsgefell. 197 75	198 75
Landwirtsch. B. A. — —	— —	Deutsche B. Akt. 178 75	178 50
Pr. Spritfabr. B. A. — —	— —	Diskonto-Kommandit 248 —	249 —
Gruson Werke 182 —	184 25	Russ. Bankf. ausw. S. 76 50	76 75
Nachbörse:		Staatsbahn 98 25, Kredit 179 60, Diskonto-	
Rom. 248 25			

Wien, 23. Januar. Die Oesterr.-Ungar.-Bank setzte den Zins- uß um 1/2% herab.

Stettin, 23. Januar. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Wosen.)

Weizen fester	Not. v. 22.	Spiritus fester	Not. v. 22.
April-Mai	196 — 195 50	per Loto 50 M. Abg. 51 80	51 60
Mai-Juni	196 50 196 —	„ 70 „ „ 32 60	32 40
Roggen behauptet		„ Dez. 70 „ „ — —	— —
April-Mai	174 — 173 50	„ Jan. 70 „ „ — —	31 80
Mai-Juni	173 50 173 —	„ April-Mai 70 M. 32 60	32 60
Rüßöl still		Petroleum*)	
Januar	68 — 68 —	do. per Loto 12 25	12 25
April-Mai	64 — 63 70		

*) Petroleum loco versteuert Uance 1 1/2 pCt.

Wetterbericht vom 22. Januar, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Wullaghmore	735	SW	6 bedeckt	3
Aberdeen	729	WS	2 bedeckt	1
Christiansund	738	N	3 wolfig	3
Kopenhagen	749	SEW	2 Dunst	2
Stockholm	746	SEW	4 bedeckt	0
Saparanda				
Petersburg	751	SD	1 bedeckt	-11
Moskau				
Cort Queenst	740	WSWS	4 heiter	4
Cherbourg				
Helder	739	SD	4 bedeckt	3
Sylt	745	SW	5 halb bedeckt	2
Hamburg	748	SD	3 heiter	1
Sminemünde	753	S	4 halb bedeckt	-1
Neufahrwass.	754	SW	1 wolfig	0
Memel	753	SEW	5 bedeckt	2
Paris				
Münster	744	SD	4 halb bedeckt	2
Karlsruhe	751	SW	5 bedeckt	3
Wiesbaden	748	N	2 bedeckt	2
München	755	SED	5 bedeckt	-1
Chemnitz	755	SD	2 halb bedeckt	-2
Berlin	754	SD	3 wolfig	-1
Wien	762	W	1 heiter	1
Breslau	759	S	2 wolkenlos	0
Nie d'Alx.				
Triest	762	still	wolfig	3

1) Reif. 2) Reif. 3) Feiner Schnee. 4) Nachts Schnee. 5) Reif.

Skala für die Windstärke.
1 = seiger Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Ueberlicht der Witterung.

Ein tiefes Minimum, unter 730 mm, liegt über Schottland, auf seiner Südseite stürmische, westliche und westnordwestliche Winde hervorruhend, während ein neues Minimum westlich von Irland herannahet. Bei mäßiger, südwestlicher bis südöstlicher Luftströmung ist das Wetter in Central-Europa durchschnittlich kälter, im Westen trübe, im Osten vielfach heiter; in Deutschland liegt die Temperatur allenthalben nahe dem Gefrierpunkte.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Wosen, am 22. Januar Mittags 1,70 Meter.
= 23. = Morgens 1,76 =
= 23. = Mittags 1,80 =